

Dringliche Fragen

für die Fragestunde der 99. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 22. April 2015

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

1. Abgeordnete
**Sevim
Dağdelen**
(DIE LINKE.)

Wird die Bundesregierung – vor dem Hintergrund, dass „DER SPIEGEL“ und die US-Enthüllungsplattform „The Intercept“ neue, vormals streng geheime Dokumente der US-Regierung präsentierten, welche die zentrale Rolle der US-Militärbasis Ramstein für alle Steuerungs- und Überwachungssignale der Drohnen belegen (www.spiegel.de/politik/deutschland/drohnenkrieg-von-ramstein-opposition-fordert-ermittlungen-a-1029395.html) – sofort mittels eigener Untersuchungen der Frage nachgehen, ob es in Ramstein einen Rechtsbruch von deutschem Boden aus zu ahnden gibt, um somit weitere mögliche gezielte Tötungen durch Drohnen von deutschem Boden zu verhindern?
2. Abgeordneter
**Niema
Movassat**
(DIE LINKE.)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Sachverhalt, dass die im Nachrichtenmagazin „DER SPIEGEL“ Nr. 17/2015 veröffentlichten Regierungsdokumente zur Rolle der US-Militärbasis in Ramstein belegen, dass die Abgeordneten des Deutschen Bundestages in zahlreichen Kleinen Anfragen, Mündlichen und Schriftlichen Fragen zur Unterstützung der Relaisstation in Ramstein für die extralegalen Tötungen in Afrika, dem Jemen und in Pakistan möglicherweise bewusst von der Bundesregierung belogen und getäuscht wurden (DER SPIEGEL, S. 24: „Zumindest sollten wir uns um eine negative Auskunft der US-Regierung bemühen [...]. Bundeskanzleramt und Verteidigungsministerium plädierten hingegen dafür, Druck aus Parlament und Öffentlichkeit ‚auszusitzen‘“), und inwiefern sieht sie dies mit dem Fragerecht der Parlamentarierinnen und Parlamentarier vereinbar?

Berlin, den 21. April 2015

